

1 **Enquete-Kommission**  
2 **Internet und digitale Gesellschaft**  
3 **Projektgruppe Internationales und Internet Governance**

5 **Handlungsempfehlungen der Projektgruppe Internationales und Internet Governance**

7 **Zur Internet Governance**

8 Der weitgehenden Autonomie der Verwaltung des Internets und dessen dezentraler  
9 Organisation verdanken wir seine Offenheit und Freiheit. Im Sinne des  
10 Subsidiaritätsprinzips empfiehlt die Enquete-Kommission, an den etablierten  
11 Regulierungsgremien festzuhalten. Die Freiheit und der offene Charakter des Internets  
12 sind ein besonders schützenswertes Gut. Das dies so bleibt ist nicht selbstverständlich,  
13 dessen Fortbestand soll durch ein Monitoring der Bundesregierung und regelmäßige  
14 Berichte dokumentiert und beobachtet werden.

15  
16 Im Vorfeld der World Conference on International Telecommunication (WCIT 12) haben  
17 die zuständigen Fachressorts der Bundesregierung das Gespräch mit der Wirtschaft und  
18 der Zivilgesellschaft gesucht sowie Vertreter aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die  
19 nationale Delegation aufgenommen. Die Enquete-Kommission begrüßt diesen Schritt und  
20 empfiehlt, beide Maßnahmen zu verstetigen und auch im Vorfeld künftiger  
21 internationaler Konferenzen zum regulären Bestandteil des nationalen  
22 Vorbereitungsprozesses zu machen. Darüber hinaus sollte die Eignung des Multi-  
23 Stakeholder-Ansatzes auch für weitere Abstimmungsprozesse im Bereich der  
24 Internetregulierung geprüft werden. So könnte etwa die praktizierte Koordination  
25 zwischen Ressorts zu Fragen von Internet Governance weitgehend für die interessierte  
26 Fachöffentlichkeit geöffnet werden, um die Expertise der verschiedenen Stakeholder  
27 frühzeitig zu integrieren.

28  
29 Die Enquete-Kommission spricht sich dafür aus, dass Regulierungen von Standards bzw.  
30 Protokollen ohne neue staatliche Vorgaben oder intergouvernementale Vereinbarungen  
31 erfolgen sollen, solange die vorhandenen Gremien weiterhin den Weg des offenen und  
32 freien Internets gehen.

33  
34 Derzeit sind die Strukturen des Internets im Bereich der Vergabe von IP-Adressblöcken  
35 stark auf die Organisationen ICANN und IANA zentralisiert und darüber hinaus auch die  
36 Regulierung der Top-Level Domains. Damit unterstehen zentrale Funktionen dem

37 direkten Durchgriff der US-Regierung. Die Enquete-Kommission spricht sich für eine  
38 breitere Aufsichtsstruktur von ICANN und IANA aus. Sie wünscht sich ein stärkeres  
39 Engagement der Bundesregierung in dieser Sache und eine aktivere Unterstützung der  
40 Aktivitäten der Europäischen Union.

41  
42 Die Enquete-Kommission empfiehlt dem Deutschen Bundestag darüber hinaus zu prüfen,  
43 inwieweit Deutschland seine Ressourcen im Sinne eines möglichst unabhängigen  
44 Internets einsetzen kann.

#### 45 46 **Zu Internationales**

47 Die Enquete-Kommission erkennt die Bedeutsamkeit des Internets sowohl als  
48 gesellschaftlichen als auch als wirtschaftlichen Faktor an. Sie stellt fest, dass das Internet  
49 viele Fragen aufwirft, die der politischen Begleitung bedürfen. Für nationale Fragen gilt  
50 dies ebenso wie für internationale Themen. Vor diesem Hintergrund begrüßt sie  
51 ausdrücklich, dass die einzelnen Regierungsressorts sich im Rahmen ihrer fachlichen  
52 Zuständigkeit mit den Entwicklungen im Internet befassen. Eine stärkere Koordination  
53 zwischen den Ressorts erscheint aus Sicht der Enquete-Kommission jedoch  
54 wünschenswert.

55  
56 Das von der Projektgruppe Internationales und Internet Governance am 19. November  
57 2012 mit Prof. Dr. Wolfgang Kleinwächter und Vertretern der zuständigen  
58 Bundesministerien durchgeführte Expertengespräch<sup>1</sup> ergab zudem eine  
59 ressortübergreifende Unterstützung für den Multi-Stakeholder-Ansatz im Bereich Internet  
60 Governance. Der Multi-Stakeholder-Ansatz ist geeignet, die Transparenz der  
61 Internetpolitik in Deutschland zu erhöhen und die in Wirtschaft, Wissenschaft und  
62 Zivilgesellschaft vorhandene Expertise stärker in die Politikentwicklung zu integrieren.  
63 Daraus könnte ein Qualitäts- wie auch ein Legitimationsgewinn für die Internetpolitik  
64 resultieren.

65  
66 Eine Voraussetzung für die Realisierung des Multi-Stakeholder-Verfahrens bei der  
67 Abstimmung nationaler Positionen zu internationalen Fragen ist jedoch ein besserer  
68 Überblick über die ministeriellen Zuständigkeiten im Bereich der nationalen wie auch  
69 der internationalen Internetregulierung. Das von der Projektgruppe durchgeführte

---

<sup>1</sup> vgl. Protokoll des Expertengesprächs vom 19. November 2012.

[http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Internationales\\_und\\_Internet\\_Governance/PGIIG\\_2012-11-19/PGIIG\\_2012-11-19\\_Protokoll.pdf](http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Internationales_und_Internet_Governance/PGIIG_2012-11-19/PGIIG_2012-11-19_Protokoll.pdf)

70 Expertengespräch ergab diesbezüglich, dass es sich bei Internet Governance um ein  
71 ressortübergreifendes Thema handelt, wobei die Federführung beim Bundesministerium  
72 für Wirtschaft und Technologie (BMWi) liegt. Die Zusammenarbeit zwischen den  
73 beteiligten Fachressorts<sup>2</sup> wird allgemein als gut beschrieben. Allerdings sei die  
74 Ausstattung mit Ressourcen zum Thema Internet Governance nicht hinreichend, um alle  
75 Sachthemen adäquat verfolgen und ressortübergreifend bearbeiten zu können.  
76 Die Enquete-Kommission empfiehlt daher, die fachliche Kompetenz in den betreffenden  
77 Ressorts durch zusätzliche Ressourcen zu verstärken. Die in den einzelnen Ministerien  
78 aktiven Abteilungen und Referate sollten daher, soweit wie möglich, mit weiteren  
79 Mitteln ausgestattet werden. Um die Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft nach  
80 dem Governance Ansatz verstärkt zu beteiligen sollten analog zum wissenschaftlichen  
81 Beirat des BMWi entsprechende Gremien eingerichtet werden. Dort, wo dies noch nicht  
82 geschehen ist, sollte zur Bündelung der Arbeit der einzelnen befassten Referate eine  
83 Stelle nach dem Vorbild des Koordinierungsstabes Cyber Außenpolitik des Auswärtigen  
84 Amtes eingerichtet werden. Diese Beteiligung steigert nicht nur die Transparenz und  
85 Akzeptanz der Politik, sie ermöglicht auch den beteiligten Akteuren, ihre Erkenntnisse  
86 und Beobachtungen frühzeitig einfließen zu lassen und wie ein Frühwarnsystem zu  
87 agieren. Wie bereits durch die Projektgruppe Demokratie und Staat empfohlen,<sup>3</sup> könnte  
88 hier der Internetkoordinator der Bundesregierung als Bindeglied zwischen den einzelnen  
89 Fachressorts agieren.

90 Durch die Bereitstellung zusätzlicher personeller und koordinierender Ressourcen  
91 könnte die nationale Kompetenz vergrößert und der internationale Einfluss entsprechend  
92 verstärkt werden. Die Enquete-Kommission regt zusätzlich an, dass die Bundesregierung  
93 als „Leitfaden“ für die Ministerien entsprechende Aktionspläne verfassen soll.

94 Um die Kohärenz der Politikformulierung zu erhöhen, vorhandene Kompetenzen besser  
95 zu bündeln und Zuständigkeiten für die Öffentlichkeit transparenter zu machen,  
96 empfiehlt die Enquete-Kommission weiterhin eine regelmäßige Bestandsaufnahme über  
97 die in den Fachministerien bestehenden internetbezogenen Aufgabenstellungen sowie  
98 über ressortübergreifende Taskforces und ad hoc-Koordinationsstrukturen.

---

<sup>2</sup> Neben dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sind weiterhin das Auswärtige Amt (AA) sowie das Bundesministerium des Innern (BMI) in ihren jeweiligen Zuständigkeiten mit dem Thema Internet-Governance befasst.

<sup>3</sup> vgl. Bericht der Projektgruppe Demokratie und Staat, Handlungsempfehlungen zum Kapitel II - Legislative, 2. Handlungsempfehlungen, a) Einrichtung eines neuen Ausschusses „Internet und digitale Gesellschaft“: „Gleichzeitig empfiehlt die Enquete-Kommission der Bundesregierung, dass das Thema Internet und digitale Gesellschaft auch im Bereich der Exekutive einen höheren Stellenwert bekommt und dass die Bundesregierung auch in ihrem Verantwortungsbereich eine entsprechende Spiegelung der Ausschussstruktur vornimmt, die eine bessere Koordinierung im Bereich des Querschnittsthemas der Netzpolitik möglich macht.“

99 Die Enquete-Kommission erkennt auch die besondere Bedeutung von Internet und  
100 Digitalisierung für kommende Generationen. Die Enquete Kommission erkennt dabei die  
101 besondere Bedeutung des Internet Governance Forums für die internationale  
102 Abstimmung relevanter Regulierungsherausforderungen für das Internet an. Die Enquete-  
103 Kommission wünscht sich, dass Deutschland sich hier stärker einbringt als bisher. In  
104 diesem Zusammenhang begrüßen wir die Veranstaltung des IGF-D zur Sensibilisierung  
105 für das Thema wie auch zur Vorbereitung in Deutschland.

106  
107 Um das Thema Internet Governance auch in Deutschland mehr in den Fokus der  
108 Öffentlichkeit zu rücken, wünscht sich die Enquete-Kommission die Ausrichtung eines  
109 IGF in Deutschland. Es sollen weiterhin mehr Menschen aus der jungen Zivilgesellschaft  
110 eingebunden werden und die Möglichkeit erhalten, an den IGF teilzunehmen. Die  
111 Bundesregierung wird gebeten, hier entsprechende Förderungen, bspw. durch  
112 Stipendien, vorzunehmen.

113  
114 Um den Fortbestand des Internet Governance Forums zu sichern, empfiehlt die Enquete  
115 Kommission der Bundesregierung auch, sich an dem "multi-donor Trust Fund" zu  
116 beteiligen, der vom United Nations Department of Economic and Social Affairs  
117 (UNDESA) administriert wird. <sup>4</sup>

118  
119 Darüber hinaus empfiehlt die Enquete-Kommission, dass der Deutsche Bundestag durch  
120 geeignete organisatorische Maßnahmen zukünftig an allen international wichtigen  
121 Konferenzen teilnimmt.

---

<sup>4</sup> Der multi-donor Trust fund dient dazu, die Arbeit des Sekretariats des IGF zu finanzieren. Zu den aktuellen Spendern gehören, neben einigen Unternehmen, Finland, Schweiz, Großbritannien, Niederlande, Japan, Norwegen und die EU. Siemens ist derzeit die einzig deutsche Organisation, die das IGF unterstützt. Auflistung der spendenden Organisationen: <http://www.intgovforum.org/cms/funding>